



# Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Prinzenstraße 17, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: [post@nst.de](mailto:post@nst.de)

---

Niedersächsischer Städtetag, Prinzenstraße 17, 30159 Hannover

Herrn

Johann Saathoff MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[johann.saathoff@bundestag.de](mailto:johann.saathoff@bundestag.de)

Herrn

Dr. Mathias Middelberg MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[mathias.middelberg@bundestag.de](mailto:mathias.middelberg@bundestag.de)

Herrn

Sven-Christian Kindler MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[sven-christian.kindler@bundestag.de](mailto:sven-christian.kindler@bundestag.de)

Herrn

Konstantin Kuhle MdB

Platz der Republik 1

10111 Berlin

[konstantin.kuhle@bundestag.de](mailto:konstantin.kuhle@bundestag.de)

Herrn

Victor Perli, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[victor.perli@bundestag.de](mailto:victor.perli@bundestag.de)

Herrn

Armin-Paulus Hampel MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[armin-paulus.hampel@bundestag.de](mailto:armin-paulus.hampel@bundestag.de)

Az.: 20.10.01:021 -

Bearbeitet von: Herr Mende

Tel.-Durchwahl: 0511 / 3 68 94-22

E-Mail: [mende@nst.de](mailto:mende@nst.de)

Hannover, den 06.10.2020

## Kommunaler Rettungsschirm für 2021 ff.

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

wir schreiben Sie heute als Vertreter der Niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Ihrer Parteien an, um Sie darum zu bitten auf Bundesebene erneut im Interesse der Kommunen Niedersachsens für einen weiteren „Kommunalen Rettungsschirm“ zu werben. Wir erkennen ausdrücklich, dass Bund und Länder für 2020 in einem kaum vorstellbaren Kraftakt die durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie ausgelösten Gewerbesteuerausfälle weitgehend kompensiert haben. Dafür danken wir ausdrücklich. Mit den rd. 814 Mio. Euro für Niedersachsen sowie einer Reihe weiterer Einzelmaßnahmen des Landes werden wir das Jahr 2020 besser abschließen können, als wir es noch zu Beginn der Pandemie annehmen mussten.

Sie wissen gleichwohl, dass die Kommunen nicht auf „Rosen gebettet“ sind. In den vergangenen Monaten noch vor der Corona Pandemie wurde Land auf Land ab darüber diskutiert, die Schulden der Kommunen zu übernehmen, um diese wieder handlungsfähig zu machen. Dass daraus nichts geworden ist, bedauern wir auch für Niedersachsen, denn trotz der erheblichen Anstrengungen, die seitens des Landes und der Kommunen gemeinsam unternommen wurden, gibt es auch heute noch Mitglieder in unserem Verband, die erhebliche Schulden vor sich herschieben und deshalb nicht so leistungsfähig sind, wie sie zur Bewältigung aller ihrer Aufgaben sein müssen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Sorge, dass es angesichts der auch für 2021 ff. Pandemie bedingt zu erwartenden erheblichen Steuerausfälle wieder zu einem Anstieg der Schulden in den kommunalen Haushalten kommen wird. Die aktuelle, regionalisierte Steuerschätzung für Niedersachsen bestärkt uns darin. Daraus ist ersichtlich, dass es anders, als noch im Mai zu erwarten war, Verschiebungen zu Lasten der Jahre 2021 und 2022 geben wird. Wurden im Mai die Ausfälle auf -375 Mio. Euro im Jahr 2021 und auf -521 Mio. Euro in 2022 geschätzt, haben sich diese Schätzungen dahingehend verschlechtert, dass der Einbruch in 2021 um 85 Mio. Euro höher ausfallen wird und 2022 ebenfalls ein um noch 15 Mio. Euro höherer Einbruch zu erwarten ist. Erst danach verbessert sich die Situation ein wenig. Insgesamt verschlechtert sich die Situation der Kommunen in Niedersachsen im Zeitraum der mittelfristigen Planung um rd. 1,7 Mrd. Euro.

Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, dass Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam für die Folgen der Bekämpfung der Corona Pandemie einstehen müssen, ist es doch so, dass die Kommunen am Ende der Nahrungskette der Steuereinnahmen stehen und ohne die entsprechenden Zuweisungen ihre Aufgaben nicht erfolgreich managen können. Die Kommunen sind es aber, die das Zusammenleben der Menschen maßgeblich prägen. Es ist deshalb in einem weiteren Kraftakt von Bund und Ländern noch einmal notwendig, den Kommunen entsprechende „finanzielle Luft“ zu verschaffen. Lassen Sie uns daher gemeinsam einen Zukunftspakt 2021 für die Kommunen schmieden.

Gerne sehen wir Ihrer Antwort entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Mädge  
Präsident



Frank Klingebiel  
Vizepräsident